

Sende-Sperrfrist: 6. September 9:10 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Dr. Dirk Jandura

Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Zwischen allen Stühlen
– Deutschlands verfehlte Außenhandelspolitik**

BGA-Pressekonferenz Außenhandel

**Berlin, 6. September 2023, 9:00 Uhr,
online per Zoom**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

kommen wir gleich zur Sache: Im Juli sanken die Importe im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,2 Prozent und die Exporte stagnieren bei nur 1 Prozent.

Die Stimmung unter den Außenhändlern ist noch schlechter: 63 Prozent unserer Unternehmen sehen für den deutschen Außenhandel im Jahr 2023 eine rückläufige oder sogar stark rückläufige Tendenz. Nur gut jedes zwanzigste Unternehmen geht noch von einer besseren Entwicklung aus. Das ergab eine unserer jüngsten Umfragen. Das sind alarmierende Werte.

- Grafik 1 -

Sie ähneln dem Stimmungsbild, das wir zuletzt während der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hatten. Die Gründe liegen in einer schwachen Konjunktur in China, Asien, Südamerika und [PAUSE] in der noch schwächeren Regierungspolitik in Deutschland. Unser Standort ist in verschiedenen Bereichen derzeit nicht wettbewerbsfähig genug. Und unsere Politik ist es auch nicht. Und das wirkt sich jetzt zunehmend auf die Zahlen auch im Außenhandel aus.

Meine Damen und Herren,
jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt am Export. Unser Wirtschafts- und Geschäftsmodell ist daher in Gefahr.

Angesichts dieser desolaten Lage muss die Bundesregierung schleunigst neue Impulse setzen und für die Wirtschaft Handelserleichterungen schaffen. Nur so kann Politik die Unternehmen bei den Diversifizierungsbemühungen unterstützen. Dazu braucht es einen echten Abbau bürokratischer Belastungen. Aber das Gegenteil passiert.

>>> Lieferkette <<<

Uns Unternehmern in Deutschland, aber auch unseren Partnern weltweit, steht vor allem mit der Europäischen Lieferkettenrichtlinie eine drastische Verschärfung der ohnehin schon komplizierten deutschen Regulierung bevor. Die Corporate Sustainability Due Diligence beinhaltet deutlich umfangreichere Sorgfaltspflichten und wird viel mehr Unternehmen betreffen. Dadurch wird die Bürokratiebelastung und Rechtsunsicherheit für viele Unternehmen weiter steigen. Kurz gesagt: Die Richtlinie wird gerade unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft überfordern.

Der aktuelle Entwurf der Europäischen Lieferkettenrichtlinie ist ein Rückschlag für die eigenen außenwirtschaftlichen Ziele. Allorts ruft die Politik nach einer Diversifizierung der Lieferketten. Doch die globalen Wertschöpfungsketten werden nicht gestärkt. Sie werden durch die zahlreichen und komplexen Sorgfaltspflichten und den damit auferlegten Administrationsaufwand zusätzlich geschwächt. Es geht nicht um die Einhaltung von 23 Umwelt- und Menschenrechtsübereinkommen, 29 Menschenrechtskonventionen und -erklärungen, sowie 15 Umwelt- und Klimaschutzkonventionen. Es geht um die damit verbundenen Berichtspflichten und Regulierungen. Das ist schlicht nicht leistbar. Am Ende droht bei Versäumnissen auch noch die zivilrechtliche Haftung.

Die Konsequenz: Europäische Unternehmen werden sich zwangsläufig aus Entwicklungsländern zurückziehen. Das schadet der Exportnation Deutschland. Das gefährdet die Versorgungssicherheit Europas. Und das erhöht die Abhängigkeit des globalen Südens von autoritären Regimen. Kurzum: Wir manövrieren uns immer mehr in die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit.

>>> Freihandel <<<

Die Erschließung neuer Märkte kostet Firmen eine Menge Zeit, Energie und Geld. Es braucht daher eine Politik, die die Zugangsbedingungen verbessert und erleichtert. Und das gelingt durch den Abschluss von Freihandelsabkommen. Sie sind eines der wichtigsten Elemente zur Stärkung von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit Europas. Aber hier passierte lange Zeit nichts und jetzt zu wenig. Kanada, Kenia, vielleicht Neuseeland und Chile. Das reicht im Zeitalter der Zeitenwende nicht aus.

- Grafik 2 -

In Brüssel fehlt eine gewichtige deutsche Stimme für den Freihandel. Es ist in unserem nationalen Interesse hier mehr zu erreichen. Doch die Bilanz der Europäischen Union hinsichtlich des Abschlusses und der Ratifizierung neuer Handelsabkommen fällt mager aus. Weder gelang es bisher, das Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten zu ratifizieren, noch konnte die Modernisierung des Abkommens der EU mit Mexiko unter Dach und Fach gebracht werden. MERCOSUR ist eigentlich seit vier Jahren fertig verhandelt. Worauf warten wir? Warum dauert es so lange?

Es dauert unter anderem so lange, weil Deutschland und auch andere Staaten mit immer neuen Forderungen aufwarten

Sehr geehrte Damen und Herren,
für ein Land, das so stark vom Außenhandel abhängig ist wie Deutschland, kann und darf das nicht genug sein.

Die Ampel-Regierung muss sich wieder aktiv für den Abschluss von Handelsabkommen einsetzen. Vor allem muss sie aufhören, Freihandelsabkommen mit sachfremden Themen zu überfrachten. Dies gilt insbesondere für Nachhaltigkeitsforderungen. Statt auf dem Fahrersitz sitzen wir nun zwischen allen Stühlen und verlieren den Anschluss. Das jüngste Treffen der BRICS-Staaten sollte Warnsignal genug sein.

Übertriebene deutsche Wertevorstellungen haben sich in den Verhandlungen zu oft als Hindernisse erwiesen. Die Förderung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen muss wieder im Zentrum der handelspolitischen Aktivitäten stehen. Deutschland und die EU brauchen wieder ein handelsliberales Mindset und eine Außenhandelsstrategie.

Doch stattdessen sind wir lieber Moralapostel. Die Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards weltweit ist eine wichtige staatliche Aufgabe. Aber wir dürfen Handelsabkommen nicht dazu missbrauchen, europäische Wertvorstellungen 1:1 in fremde Länder zu exportieren.

Das bedeutet auch, nicht mit wirtschaftlichem Druck in Souveränitätsrechte einzugreifen. Dieser Ansatz wird als Paternalismus und post-koloniale Attitüde wahrgenommen. So können wir nicht mehr auftreten, wenn wir als attraktive Handelspartner wahrgenommen werden wollen.

Wenn wir das nicht verstehen, verlieren wir weiter an Einfluss. Dann werden wir nicht die Welt zum Besseren verändern, sondern die Welt wird uns verändern, weil andere den Takt vorgeben. Der Schutz des Regenwalds wird keinen Schritt vorankommen, wenn das Mercosur-Assoziierungsabkommen scheitert.

Dass wir diese Märkte so leichtsinnig anderen überlassen, zeugt von einer Selbstgefälligkeit, die wir uns nicht mehr leisten sollten.

>>> Bürokratie <<<

Neben der mangelnden Unterstützung im Bereich der Handelspolitik blicken wir Groß- und Außenhändler mit großer Sorge auf die zunehmend überbordende Bürokratie.

Viele Unternehmen in unserem Verband berichten, dass sie schon heute zunehmend Personal zur Erledigung geschäftsfremder Aufgaben abstellen müssen: sei es für das Ausfüllen von Nachweisen für Umwelt-, Menschenrechts- und Klimaschutzauflagen oder um den immer weiter steigenden Anforderungen in der Exportkontrolle nachzukommen.

>>> Sektorleitlinien <<<

Und die Bundesregierung tut zu wenig, um diese Bürokratie zu verringern oder wenigstens handhabbarer zu machen. Es hilft nicht, immer wieder den Bürokratieabbau anzukündigen und zugleich mit jedem Gesetz zusätzliche Hürden und Berichtspflichten einzuführen.

Ein aktuelles Beispiel sind die geplanten klimaschutzpolitischen Sektor-Leitlinien für Export- und Investitionskreditgarantien. Schon heute müssen Antragsteller aufwändig nachweisen, dass Sie die ESG-Kriterien erfüllen, um eine staatliche Risikoabsicherung zu erhalten. Für viele Produktgruppen soll nun zusätzlich nachzuweisen sein, dass diese nicht klimaschädlich sind. Lapidare Hinweise der Verantwortlichen, dass dieser Zusatzaufwand zumutbar sei, wirken dabei wie blanker Hohn.

Neben der zusätzlichen Bürokratiebelastung verärgern mich aber zwei Aspekte besonders:

Erstens.

Es wird versucht, in der Außenwirtschaftspolitik deutsche Unternehmen als Druckmittel für den Klimaschutz zu missbrauchen. Derart restriktive EKG-Kriterien führen dazu, die internationale Bedeutung der deutschen Zulieferindustrie zu reduzieren und die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt weiter einzuschränken.

Wir müssen zu den Konditionen ausländischer Exportkreditagenturen aufschließen oder im Wettbewerb sogar besser werden.

Zweitens,
vermissen wir Unternehmer den Dialog zwischen Wirtschaft und dieser Bundesregierung. Es scheint, als ob die Ampel nur mit NGOs spricht und daraufhin Maßnahmen oder Strategien erlässt, mit teils fatalen Folgewirkungen für den unternehmerischen Alltag. Das Ganze ohne aber vorher einen konstruktiven Dialog mit den Betroffenen geführt zu haben.

>>> China <<<

Zuletzt zum Thema China. Dass die Bundesregierung sich nun endlich auch zu einer Chinastrategie durchringen konnte, ist zu begrüßen. Aber auch hier überwiegt wieder ein Regulierungswahn, der praxisfremd und oberlehrerhaft ist. In der China-Strategie ist mit dem Outbound Investment Screening gleich der nächste Regulierungshammer angedeutet. Wenn der Staat jetzt auch regulieren will, welche Investitionen im Ausland genehm sind und welche nicht, hat das mit freiem Unternehmertum in einer freien Sozialen Marktwirtschaft nur noch wenig zu tun.

Natürlich müssen wir uns mit dem aggressiven Expansionskurs Chinas auseinandersetzen. Natürlich ist China ein autoritärer Staat mit erheblichen menschenrechtlichen Problemen. Aber China ist für Deutschland auch der zweitwichtigste Auslandsmarkt.

- Grafik 3 -

Wir können und wollen uns von China nicht entkoppeln. Wir müssen uns eher darüber Sorge machen, was passiert, wenn sich China von uns entkoppelt.

- Grafik 4 -

Dann gehen hier in Deutschland buchstäblich die Lichter aus. Auch darauf brauchen wir dringend konstruktive politische Antworten und nicht ein reines China-Bashing. Als BGA haben wir uns mit dem Thema China intensiv auseinandergesetzt und dazu gerade ein Positionspapier verabschiedet. Wir hoffen damit, aktiv mit der Bundesregierung in einen Dialog eintreten zu können.

>>> Abschluss <<<

Meine Damen und Herren,
wir brauchen ein Umdenken, ein Rückbesinnen in der Bundesregierung. SPD, Grüne und FDP müssen die Weichen im Außenhandel endlich wieder auf Zukunft stellen. Es ist Zeit für die Renaissance einer Exportnation.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!